

Regierungsberater: Altersarmut ist derzeit kein großes Problem

Der wissenschaftliche Beirat des Wirtschaftsministeriums rät von der Zusatzrente ab. Besser sei es, in junge Menschen zu investieren.

Der wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium hält Altersarmut derzeit für kein allgemeines gesellschaftliches Problem. (...) Der Beiratsvorsitzende Axel Börsch-Supan stellte am Dienstag ein Gutachten zur Altersarmut gemeinsam mit Achim Wambach von der Universität Köln und Friedrich Breyer von der Universität Konstanz vor. Die Vorschläge einer Zusatzrente belasteten die Steuerzahler und erhöhten die negativen Arbeitsanreize, meinen sie. Die Qualifizierung sowie Integration von Migranten solle verbessert werden sowie eine Erhöhung der Investitionen in Bildungsangebote für ausländische Kinder und in die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit sei erforderlich. Einstellungsbedingungen sollten erleichtert und die Erwerbsquote von Frauen und Älteren erhöht werden. Ziel müssten möglichst 40 Jahre Beitragszahlungen in die gesetzliche Rente sein. „Keine Gesellschaft kann es sich leisten, nur 35 Jahre zu arbeiten, aber im Schnitt 80 Jahre alt zu werden“, sagte Börsch-Supan.

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) verteidigte ihre Rentenpläne. (...) Gegen Altersarmut seien eine „Lebensleistungsrente“ wie auch Mindestlöhne, Hilfen für Alleinerziehende und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf nötig.

Die Wirtschaftsforscher verweisen auf junge Menschen, die mehr als Ältere von Armut bedroht seien. 22,4 Prozent der 18 bis 25 Jahre alten Menschen haben weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens und gelten damit als armutsgefährdet. (...)

Der vollständige Artikel erschien in Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung am 18.12.2012.